

Stadtverwaltung

A J F / 0 3 / 2 0 1 9



An die
Mitglieder

des Ausschusses für Jugend und Familie

Niederschrift

öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Jugend und Familie

Sitzungstermine: Dienstag, 24.09.2019
Sitzungsbeginn: 17:06 Uhr
Sitzungsende: 18:36 Uhr
Ort, Raum: Großer Sitzungssaal des Rathauses,
46325 Borken

Es sind anwesend:

Vorsitzende/r:

Kindermann, Evegret

stimmberechtigtes Mitglied des AJF:

Becker, Maja		
Beckmann, Diana	sachk. Bürger/in	
Biela, Claudia		
Böhr, Benjamin		
Kranenburg, Marius		
Kutzner, Antje	sachk. Bürger/in	Vertretung für Herrn Richard Bahouri
Lansmann, Markus	stv. Ausschussvorsitzender	
Niehoff-Elsing, Birgitta		
Nikolov, Nico		
Schmidt-Grewing, Daniela	sachk. Bürger/in	

beratendes Mitglied des AJF:

Remmelt, Ramona		Vertretung für Herrn Vlade Tomovski
Winter, Matthias		

Gäste:

Strauch, David
Tautz, Jürgen
Westermann, Hartwig

Verwaltungsmitarbeiter/in:

Hoffboll, Katja, Fachbereichsleiterin
Nießing, Norbert, 1. Beigeordneter der Stadt Borken
Sauret, Sabine
Schlagheck, Wolfgang, Fachbereichsleiter
Schoppen, Michael stv. Schriftführer
Zachej, Uwe, Fachabteilungsleiter

Schriftführer/in:

Kuhlmann, Doris

Es fehlen entschuldigt:**beratendes Mitglied des AJF:**

Tomovski, Vlade
Weßeling-Niehaves, Dagmar ber. Mitgl.

Abgewickelte Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

1 Eröffnung der Sitzung

2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

3 Antrag der SPD-Fraktion: Grenzüberschreitendes Jugendforum
Vorlage: V 2019/219

-
- 4** Betreuungsplanung "Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege, offene Ganztagsgrundschulen, Übermittagsbetreuung an den Grundschulen und Betreuung an den Schulen der Sekundarstufe I 2019 - 2023"
Vorlage: V 2019/205
-
- 5** Projekte zum Ausbau der U3- und Ü3-Betreuung
Vorlage: V 2019/228
-
- 6** Stand Betreuungsplatzausbau in Marbeck und Rhedebrügge - Vortrag
-
- 7** Bericht zum Verlauf der Ferienangebote in den Sommerferien 2019 - Vortrag
-
- 8** Bericht zum Projekt Demokratie fördern "Auf nach Utopia" - Vortrag
-
- 9** Mitteilungen der Verwaltung
-
- 9.1** Skateranlage am Aquarius - Sachstand
-
- 9.2** Erstellen von Graffitikunstwerken - Sachstand
-
- 9.3** Einweihung Dorfgemeinschaftshaus Weseke
-
- 9.4** Anfrage des WDR zum Sachstand Windelsäcke
-
- 9.5** Beschwerdestelle und Ombudschaften - Sachstand

10 Anfragen an die Verwaltung

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Ausschussvorsitzende Kindermann begrüßt die Anwesenden, eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Keine.

zu 3 Antrag der SPD-Fraktion: Grenzüberschreitendes Jugendforum Vorlage: V 2019/219

Frau Biela erläutert, dass die Presse den vom europäischen Gedanken getragenen Themenbezug des Jugendforums gelobt habe. Auch in der Schule fänden bereits grenzüberschreitende Projekte mit den Nachbarn der Niederlanden statt.

Herr Böhr stellt klar, dass sich die Verwaltung nur mit dem Sachverhalt beschäftigen soll und dann in einer der nächsten Sitzungen ein konkreter Auftrag erteilt werden könne.

Frau Sauret gibt an, dass es auch Zeit benötige, entsprechende Netzwerk-Arbeit zu betreiben und zu initiieren.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, sich mit dem Sachverhalt zu beschäftigen und die Ergebnisse in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Jugend und Familie vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimme Annahme

zu 4 Betreuungsplanung "Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege, offene Ganztagsgrundschulen, Übermittagsbetreuung an den Grundschulen und Betreuung an den Schulen der Sekundarstufe I 2019 - 2023"
Vorlage: V 2019/205

Herr Schoppen stellt den Jugendhilfeplan für die Bedarfsplanung 2019 – 2023 dem Ausschuss vor.

Die vortragsbegleitende Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Er informiert die Ausschussmitglieder über die wesentlichen Veränderungen des bisherigen Kindergartenbedarfsplan 2017 – 2021 und gibt folgende Handlungsempfehlungen ab:

Für den Stadtteil Borken müsse ein Neubau einer 3-Gruppen-Kita erfolgen, um auch zukünftig dem Rechtsanspruch gerecht zu werden. Weiter sei die Einrichtung zweier Großtagespflegestellen erforderlich.

Für den Stadtteil Gemen seien die Aufnahmeregelungen der Gemener Kitas in der Weise zu ändern, dass zunächst Bedarfe für Gemener Kinder favorisiert werden, bevor andere Kinder aus den umliegenden Stadtteilen die Plätze erhalten. Bestehende Kindergartenverträge seien von der Aufnahmeregelung nicht betroffen. Darüber hinaus werde ein weiterer möglicher Kita-Standort in Gemen geprüft.

In Burlo bestehe derzeit kein Handlungsbedarf aufgrund erfolgter Gruppenerweiterungen.

Für den Stadtteil Marbeck wurde bereits in der letzten Sitzung ein Beschluss über den Neubau einer 2-Gruppen-Kita gefasst (siehe [V 2019/145](#)).

In Rhedebrügge seien bauliche Veränderungen der Kita Rhedebrügge erforderlich um die Nutzung des Gebäudes nachhaltig sicherzustellen und im Rahmen der Betriebserlaubnis die Plätze zu erhalten. (siehe auch: [V 2019/139](#))

In Weseke bestehe derzeit kein Handlungsbedarf. Die dritte Kita sei zwischenzeitlich um zwei Gruppen erweitert in Betrieb genommen worden. Die Eröffnung finde an diesem Wochenende statt.

Herr Nießing stellt fest, dass die Stadt Borken über ein sehr gut ausgebautes Betreuungsplatzangebot verfüge. Lt. WDR fehle es in vielen anderen Städten und Gemeinden in NRW an Kinderbetreuungsplätzen. In Wuppertal habe man zum Beispiel über 1.000 Kita-Plätze zu wenig, in Bonn gebe es rd. 1.800 Betreuungsplätze und in Essen seien es sogar knapp 3.000 Kita-Plätze und Plätze in der Tagespflege zu wenig. Es bedarf Fingerspitzengefühl für die zukünftige Kindergartenbedarfsplanung. Dies gelte sowohl für Investitionen als auch die lfd. Kosten.

In der letzten Sitzung seien die Ausschussmitglieder über die Änderungen des KiBiZ informiert worden. Er wisse nach wie vor nicht, wie andere Kommunen dies finanzieren können und wollen. Es sei jedenfalls eine große Anstrengung. Er verweist auf

sein Mahnschreiben an den Städte- und Gemeindebund NRW und deren Antwort (s. a. Anlage).

Herr Kranenburg bedankt sich für das Aufbereiten der Zahlen. Er hinterfragt, die Prognose der Bedarfsplanung hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung bei gleichbleibender Geburtenrate und der Annahme des stagnierenden Zuzugs.

Herr Nießing erläutert, dass bei der Bedarfsplanung bereits 113 Überhangplätze einkalkuliert wurden. Werden diese zukünftig nicht in Anspruch genommen, bestehe auch weniger Druck, den Ausgleich zu erzielen. Die Anzahl der Frauen in dem Alter, in dem sie üblicherweise Kinder gebären, wird sich bis 2035 auf 7.600 belaufen, mit hin um 30 % sinken.

Zur Sicherung des Standorts Deutschland werde es zukünftig eine gezielte Zuwanderung geben müssen.

Mit dem vorliegenden Bedarfsplan habe man beide Annahmen berücksichtigt, die sich wechselseitig puffern.

Herr Kranenburg regt an, ein besonderes Maß zu verwenden.

Herr Nießing erklärt, dass ein Puffer durch die Überhangplätze vorhanden sei. Ebenfalls sei Zurückhaltung bei Neubauten von Kindergärten geboten bzw. es müsse schon bei der Planung eine anderweitige Nutzung vorgesehen werden. Die Bedarfsplanung sei weiterhin zu beobachten. Aus diesem Grund werde es künftig eine jährliche Fortschreibung geben.

Frau Kindermann sieht die Problematik darin, Erzieherinnen und Erzieher für die Kitas zu finden. Woher nehmen wenn nicht stehlen, so Frau Kindermann. Sie könne sich vorstellen, dass Kinder im ersten Lebensjahr nicht eine Erzieherin im Kindergarten benötigen, sondern lediglich eine pädagogisch geschulte Helferin. Ihr seien jedoch die gesetzlichen Vorgaben nicht bekannt.

Herr Schlagheck berichtet weiter über die Entwicklung der Kindertagespflege. Im Jahre 2004 seien es noch 4 Kinder gewesen, die im Rahmen der Kindertagespflege betreut wurden, aktuell seien es 152. Im Bereich der Tagespflege sei es heute bereits schwierig, diese Standards auszubauen.

Ein großes Problem sei, dass bei einem Kita-Neubau neben U3- auch immer Ü3-Plätze geschaffen werden. Ü3-mäßig zeichne sich – lt. Kindergartenbedarfsplan – ab dem Kita-Jahr 2021/2022 jedoch eine Entspannung ab.

Es soll vermieden werden, Räumlichkeiten für Ü3-Plätze zu schaffen, die zukünftig leer stehen könnten.

Die Bedarfsplanung bleibe eine spannende Aufgabe für die nächsten Jahre.

Frau Kindermann stellt fest, dass grundsätzlich die Kinder eine Kita besuchen, bei denen beide Elternteile berufstätig sind oder keine Großeltern die Betreuung übernehmen können. Sie befürwortet es nicht, wenn Eltern zu Hause sind und trotzdem ihre Kinder zu früh in eine Kita geben. Das Urvertrauen und die Bindungsfähigkeit bleibe Aufgabe der Eltern.

Frau Remmelt gibt zu Bedenken, dass viele Eltern ihr Kind schon unter drei Jahren in die Kita anmelden, um einen Betreuungsplatz in der Wunsch-Kita zu erhalten.

Herr Nießing ist diese Aussage bekannt.

Frau Beckmann gibt an, dass sich die Rolle der Frau in den Jahren verändert habe. Damals habe man sich noch „geschämt“ ein Kind frühzeitig in die Kita zu geben, heute werde es vom Arbeitgeber gefordert oder gewünscht, zeitnah die Berufstätigkeit wieder aufzunehmen. Das Urvertrauen sei in der Familie schon da. Auch könne die Frau somit einen Beitrag zur Hausfinanzierung leisten.

Frau Kindermann bedauert es, wenn Kinder im ersten Lebensjahr eine Bindung zwischen den Eltern nicht erleben könnten.

Frau Biela fragt an, was es mit der Spielgruppenförderung (Seite 18) auf sich habe.

Herr Schlagheck informiert, dass es seinerzeit einen Beschluss dieses Ausschusses zur finanziellen Förderung von Spielgruppen gab. Der Bedarf sei jedoch zurückgegangen. Spielgruppen in der Art und Weise gäbe es noch in Weseke. Von finanziellen Förderungen werde derzeit kein Gebrauch gemacht.

Beschluss:

Der Ausschuss für Jugend und Familie nimmt die „Betreuungsplanung Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege, Offene Ganztagsgrundschulen, Übermittagsbetreuung an den Grundschulen und Betreuung an den Schulen der Sekundarstufe I 2019 – 2023“ zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, auf dieser Basis weiterhin gemeinsam mit den Trägern der Kindertageseinrichtungen und den Kindertagespflegepersonen einen bedarfsgerechten Um- und Ausbau von Betreuungsplätzen umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimme Annahme.

zu 5 **Projekte zum Ausbau der U3- und Ü3-Betreuung** **Vorlage: V 2019/228**

Herr Schlagheck erläutert, dass aufgrund des Anmeldeverfahrens für das Kita-Jahr 2019/2020 und der vorangegangenen Beschlüsse eine zeitnahe Umsetzung der Pläne erfolgen müsse.

Kita-Standort in der ehemaligen Pröbstingschule

Herr Schlagheck berichtet, dass an der vom KSB veranlassten Informationsveranstaltung ca. 50 Eltern teilgenommen haben.

Der Ausbau der Kita mit entsprechenden Sanierungsmaßnahmen würde Kosten im hohen 6-stelligen Bereich verursachen. Die Baumaßnahme wäre förderungsfähig, jedoch nicht die Sanierung des Gebäudes.

Desweiteren wurde eine Elternbefragung durchgeführt, ob Eltern sich ein Wechsel in eine Kita der ehemaligen Pröbstingschule vorstellen könnten. Die Rückmeldezahlen sind der Vorlage zu entnehmen.

In der Gesamtbetrachtung empfiehlt **Herr Schlagheck**, von dem Vorschlag, die ehemalige Pröbstingschule als Kita-Standort umzuwandeln, Abstand zu nehmen. Das Risiko evtl. Landesmittel zurückzahlen zu müssen sei zu groß. Auch sei aus den Rückmeldungen der Eltern nicht klar hervorgegangen, ob eine Kita an diesem Standort von den Eltern dauerhaft nachgefragt würde.

Kita-Standort im Stadtteil Borken

Herr Schlagheck berichtet weiter, dass eine Trägerabfrage für einen möglichen Standort einer Kita in Borken erfolgt sei.

Die Auswertung habe ergeben, dass von der Elternschaft der KreisSportBund als Träger favorisiert werde.

Bezüglich der Standortfrage wäre ein Standort in Borken-West / Hovesath geeignet, dies wäre dann der dritte Standort. Grundsätzlich sei es problematisch gewesen, geeignete Flächen zu finden. Letztendlich sei eine Fläche für ein ursprünglich geplantes Regenrückhaltebecken an der Weseler Straße in Borken-West ein potenzieller Standort. Dort stünde eine Fläche von ca. 5.200 qm zur Verfügung. Auch hinsichtlich der Erreichbarkeit seitens der Eltern habe man keine bessere Fläche finden können.

Großtagespflegestellen

Herr Schlagheck erläutert, dass eine weitere hohe Nachfrage nach U3-Plätzen bestehe. Die Bedarfsplanung zeige, dass 25-30 U3-Plätze benötigt werden, um zukünftig den Rechtsanspruch gerecht zu werden. Überhangplätze können nicht mehr gebildet werden.

Mit der Errichtung zweier Großtagespflegestellen im städtischen Objekt „Auf der Flüt“ könnten $2 \times 9 = 18$ U3-Plätze geschaffen werden. Die weitere Versorgung wäre

durch den neuen Kita-Bau gewährleistet, der dann voraussichtlich Ende 2020 in Betrieb genommen werden kann.

Herr Tautz befindet den neuen Standort in Hovesath für problematisch. Er regt Schallschutzmaßnahmen an.

Auch **Herr Kranenburg** befürwortet Schallschutzmaßnahmen, auch die Zufahrtsregelung müsse geregelt werden. Eine Zufahrt sollte über die Nina-Winkel-Straße erfolgen.

Frau Biela äußert ebenfalls Bedenken bezüglich der Lärmentwicklung, die jedoch mit der Flächengröße von 5.200 qm und entsprechenden Maßnahmen ausgeräumt werden könnten.

Herr Nießing berichtet, dass die Fläche verkehrsberuhigt mit dem Fahrrad von drei Seiten erreichbar wäre. Ein Schallschutz sei wichtig, aber die Fläche sei mit 5.200 qm groß genug.

Er bedankte sich für die Hinweise. Die Planung sehe vor, dass das Gebäude adäquat ausgerichtet werde. Insbesondere sei auch eine 3fach-Verglasung bei den Schlafräumen vorgesehen.

Frau Maja Becker fragt an, wie es mit der Luftbelastung aussehe, da die „Weseler Straße“ eine stark befahrende Straße insbesondere von LKWs sei.

Herr Nießing erläutert, dass die Luftbelastung bei der „Weseler Landstraße“ nicht geringer sei als bei der Weseler Straße. An der Weseler Landstraße befände sich bekanntlich die Kita „Hula Hoop“.

Beschluss:

Ausschuss für Jugend und Familie

1. Die Trägerschaft für eine neue Kindertageseinrichtung im Stadtteil Borken wird dem KreisSportBund Borken e.V. übertragen. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Trägervereinbarung vorzubereiten und nach Beschluss zur Realisierung des Neubauvorhabens dem Ausschuss für Jugend und Familie vorzulegen.
2. Dem Umwelt- und Planungsausschuss wird empfohlen,
 - 2.1. die Ausführungen zum künftigen Standort des künftigen Standortes des Kita-Neubaus zur Kenntnis zu nehmen,
 - 2.2. die Verwaltung zu beauftragen,
 - mit dem KreisSportBund Borken e.V. die Raumplanung für eine dreigruppige Kita mit Erweiterungsoption auf bis zu fünf Gruppen und einem alternativen Nutzungskonzept abzustimmen sowie die damit verbundenen Kosten zu ermitteln,
 - auf der vorgenannten Grundlage die Höhe der voraussichtlichen Landesförderung mit dem Landesjugendamt abzustimmen,

- die verkehrliche Erschließung des neuen Kita-Standortes zu planen und
- die beiden Ausschüsse noch in diesem Jahr entsprechend zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme.

zu 6 Stand Betreuungsplatzausbau in Marbeck und Rhedebrügge - Vortrag

Herr Schlagheck informiert über den aktuellen Stand des Neubaus einer Kita in Marbeck. Die Trägerschaft soll lt. vorheriger Elternbefragung und Beschlussfassung dieses Ausschusses bekanntlich der KreisSportBund übernehmen (s. V 2019/145). Ein ausgearbeiteter Standortvorschlag könne zurzeit noch nicht benannt werden, dies sei jedoch in der nächsten Sitzung im November 2019 der Fall.

Die Inbetriebnahme der neuen Kita zum 01.08.2021 werde auf jeden Fall sichergestellt. Das Landesjugendamt stellte bereits eine Finanzierung von 90 % der Kosten für 55 neue Kita-Plätze in Aussicht, mithin 1,485 Mio. Euro.

Herr Schlagheck berichtet weiter, dass seit 06/2019 die bauliche Erweiterung der Kita St. Marien in Rhedebrügge geplant werde (s. V 2019/139).

Es werden derzeit mit Kosten im hohen 6-stelligen Bereich gerechnet.

Es laufen aktuell Gespräche mit dem Landesjugendamt hinsichtlich einer finanziellen Förderung.

Auch mit dem Bistum Münster führe man derzeit Gespräche, wie eine finanzielle Beteiligung zum aktuellen Vorhaben aussehen könnte.

Hier sei zu beachten, dass Eigentümerin der ehemaligen Schule die Stadt Borken sei, Mieterin sei das Bistum Münster bzw. Trägerin sei die Kath. Kirchengemeinde St. Martin.

Grundsätzlich habe das Bistum Münster eine finanzielle Beteiligung signalisiert, die Höhe sei zum jetzigen Zeitpunkt nicht bekannt.

Soweit die näheren Kosten, eine finanzielle Beteiligung des Landes und des Bistums Münster feststehen, werde ein Entwurfsantrag an das Land gestellt.

Über das Ergebnis werde in der nächsten Sitzung berichtet, so **Herr Schlagheck**.

zu 7 Bericht zum Verlauf der Ferienangebote in den Sommerferien 2019 - Vortrag

Frau Sauret berichtet, dass das Ferienangebot gut gelaufen sei. Für langfristige Ferienangebote waren die Anmeldungen bereits im Februar möglich. Auch dort wurde eine sehr gute Annahme des Angebotes wahrgenommen, insbesondere auch das durchgeführte Schulstartercamp.

Das Schulstartercamp sei ein verlässliches Betreuungsangebot, welches sich an alle Kinder im Übergang Kindergarten/Grundschule richtet. Dieses Angebot war begrenzt auf eine Woche.

Für nächstes Jahr wolle man dieses Angebot evtl. um eine weitere Woche erweitern. Auch von den Mitarbeitern wurden die Veranstaltungen als positiv empfunden.

Bei den im Ferienkoffer buchbaren Einzelterminen/-veranstaltungen musste **Frau Sauret** feststellen, dass diese von den Eltern gut gebucht wurden. Leider wäre die Teilnahme dennoch nicht ganz verbindlich gewesen.

zu 8 Bericht zum Projekt Demokratie fördern "Auf nach Utopia" - Vortrag

Frau Sauret berichtet, dass Kinder in den verschiedenen Ferienfreizeiten nur bis zum 14. Lebensjahr mitfahren können. Als Betreuer starten die jungen Menschen erst wieder ab 18 Jahren.

Junge Menschen zwischen 13 und 16 Jahren wären somit unversorgt. Um diese Zielgruppe für den Anschluss an das Ehrenamt nicht zu verlieren, entstand die Idee des Projektes „Auf nach Utopia“. Das LWL befand die Idee gut, dieses Projekt sei förderungsfähig, leider gab es aber nicht genügend Gelder zur Projektförderung.

40 von möglichen 50 Anmeldungen liegen zwischenzeitlich vor. Die Projektleitung übernimmt Herr Henning Lütjann, ein ehemaliger Ferienlagerleiter zusammen mit Frau Mira Kamps, die ebenfalls langjährige Erfahrungen in der Schuljugendarbeit und städtischer Ferienbetreuung hat.

In der zweiten Herbstferienwoche (19.10.-26.10.19) werden die jungen Menschen sog. Hütten (Doppelholzhäuser) im Eifeldorf Bad Breisig beziehen und sich mit dem Thema „Demokratie“ aktiv auseinandersetzen.

Im bereits erfolgten Vortreffen stieß das Projekt bei den Teilnehmern/-innen auf gute Resonanz.

zu 9 **Mitteilungen der Verwaltung**

s. Unterpkt.

zu 9.1 **Skateranlage am Aquarius - Sachstand**

Frau Sauret berichtet, dass die Mini-Ramp im Oktober 2019 aufgestellt werde. Nach weiteren drei Wochen werde die Beleuchtung installiert. Ziel sei es, die neue Mini-Ramp im Januar zu eröffnen und den Skatern zur Verfügung zu stellen. Ein Teil der Kosten konnten durch Spenden in Höhe von 19.350 EUR gedeckt werden. Die Gesamtkosten betragen rund 45.000 EUR, so dass sich die Stadt mit etwas mehr als die Hälfte an den Kosten beteilige.

zu 9.2 **Erstellen von Graffitikunstwerken - Sachstand**

Frau Sauret informiert darüber, dass vom Kulturbeauftragten Simon Schwerhoff ein Konzept erstellt werde, welches auch die Jugendkultur beinhalte. Einen Förderantrag werde man im Januar 2020 stellen. Es sei angedacht, nachhaltig Künstler zu bestellen, die Jugendlichen in deren Ausdruck bereichern. Dem Ausschuss wird im nächsten Jahr das Konzept vorgestellt. Eine Förderungsbewilligung seitens des LWL werde nicht vor Mai nächsten Jahres erwartet.

Frau Sauret berichtet weiter, dass Sie bereits Anfragen zum Graffiti-Projekt von den Eltern erhalten haben, jedoch keine Anfragen von Kindern oder Jugendlichen.

zu 9.3 **Einweihung Dorfgemeinschaftshaus Weseke**

Herr Schlagheck informiert, dass das neue Dorfgemeinschaftshaus in Weseke am kommenden Sonntag, 29.09.2019, mit einem Familienfest eröffnet wird.

Das Gebäude biete Raum für die Kinder- und Jugendarbeit in Weseke, für die Schuljugendarbeit der Grundschule und der Maria-Sibylla-Merian Realschule, für das Bürgerbüro und dem Verein Adler Weseke e.V.

Entsprechende Nutzungsvereinbarungen sehen vor, dass das Gebäude 7 Tage die Woche genutzt werden kann.

Herr Schlagheck wünscht sich, dass die Nutzer mit der Einrichtung pfleglich und sorgsam umgehen, damit das Gebäude viele Jahre im guten Zustand erhalten bleibt.

zu 9.4 Anfrage des WDR zum Sachstand Windelsäcke

Frau Sauret berichtet, dass der WDR angefragt habe, wieviele Stoffwindeln bereits bezuschusst wurden. Lt. Recherchearbeiten des WDR sei Borken Vorreiter in dieser Sache.

Herr Schoppen berichtet, dass 14 Familien gegen Einreichung der Quittung die Zahlung erhalten haben.

Desweiteren berichtet er, dass weitere 5.500 Restmüll-Säcke bestellt wurden. Der sogenannte Begrüßungsdienst des Familienbüros überreicht ca. 6-8 nach erfolgter Geburt einen entsprechenden Gutschein für die Restmüll-Säcke. Die Nachfrage sei sehr hoch. Ende 2019/Anfang 2020 müssten neue Restmüll-Säcke bestellt werden (s. Vorlage V 2018/284).

zu 9.5 Beschwerdestelle und Ombudschaften - Sachstand

Herr Zachej berichtet, dass die Jugendämter der Städte Ahaus, Bocholt, Borken und des Kreises Borken ein entsprechendes Konzept ausgearbeitet haben. Man sei dabei, dieses redaktionell zu erstellen. Die Vorstellung erfolge in der nächsten Sitzung.

zu 10 Anfragen an die Verwaltung

Keine.

gez.
Evegret Kindermann
Ausschussvorsitzende

gez.
Doris Kuhlmann
Schriftführerin